



Antrag

der Fraktion der FDP

Umfassendes Meldewesen von Gewaltvorfällen an Schulen einführen

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Schleswig-Holsteinische Landtag fordert die Landesregierung auf, ein umfassendes Meldewesen für Gewaltvorfälle an Schulen zu etablieren. Das Meldeverfahren soll folgende Delikte beziehungsweise Verstöße gegen das Gesetz umfassen:
 - Straftaten gegen das Leben;
 - Sexualdelikte und Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung;
 - Erpressung;
 - Raub;
 - Gefährliche und einfache Körperverletzung;
 - Diebstahl, besonders schwerer Fall des Diebstahls, Diebstahl mit Waffen;
 - Bedrohung, Nötigung oder schwerer Fall der Beleidigung;
 - Verstöße gegen das Waffengesetz;
 - Verstöße gegen das Betäubungsmittelgesetz.

Weiterhin sollen Meldungen von Mobbing sowie Cybermobbing an Schulen aufgenommen werden.

2. Der Schleswig-Holsteinische Landtag fordert die Landesregierung weiterhin auf, eine Null-Toleranzpolitik an den Schulen durchzusetzen. Auch auf vermeintlich geringe Vorfälle muss eine eindeutige Reaktion erfolgen. Damit einhergehend soll die Präventionsarbeit an Schulen in Zusammenarbeit mit den örtlichen Jugendämtern, der Polizei sowie den Justizbehörden weiter intensiviert werden.

Anita Klahn
und Fraktion